Stadt Oberhausen	**27.01.2014 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Herr Oberbürgermeister Klaus Wehling

Herr Wolfgang Große Brömer MdL
Frau Bürgermeisterin Elia Albrecht-Mainz
Frau Beatriks Brands
Herr Karl-Heinz Emmerich
Frau Anne Janßen
Herr Dieter Janßen
Frau Angelika Jäntsch
Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck — für Herrn Dirk Vöpel
Herr Ulrich Real

Herr Daniel Schranz
Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Broß
Herr Christian Benter
Herr Dr. Udo Kelsch
Herr Werner Nakot
Frau Marita Wolter — für Frau Christa Müthing

Frau Regina Wittmann
Herr Peter Pléw

Herr Yusuf Karacelik

Herr Hans-Otto Runkler

Herr Dirk Paasch

Abwesende

Herr Dirk Vöpel
Frau Christa Müthing

Stadt Oberhausen	**27.01.2014 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Verwaltung

Herr Dezernent Jürgen Schmidt		Dezernat 0
Herr Beigeordneter und StK Apostolos Tsalastras		Dezernat 1
Herr Beigeordneter Frank Motschull		Dezernat 2
Frau Beigeordnete Elke Münich		Dezernat 3
Frau Beigeordnete Sabine Lauxen		Dezernat 4
Frau Jutta Bach	als Schriftführerin	Bereich 0-1
Herr Martin Berger		Bereich 9-7
Herr Uwe Bonsack		Bereich 0-1
Herr Dr. Magnus Dellwig		Bereich 0-1
Herr Klaus Hußmann		Bereich 1-3
Herr Dennis Lotz		Bereich 0-1
Herr Nößler		Bereich 4-1
Frau Stöhr		Bereich 1-1
Herr Thomas Willecke		Bereich 9-5

Gäste

Herr Yusuf Giraz	Integrationsrat
Herr Immanuel Schuler	FDP

Außerdem

Herr Heiko Blumenthal	Geschäftsführer SPD-Fraktion
Herr Hannes Fritsche	Geschäftsführer CDU-Fraktion
Herr Armin Röpell	Geschäftsführer Fraktion DIE GRÜNEN
Herr David Driever	Geschäftsführer Linke.Liste-Fraktion

Stadt Oberhausen	**27.01.2014 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Formelle Feststellungen und Hinweise durch OB Wehling

OB Wehling eröffnet die 36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüßt alle sehr herzlich, darunter den Vertreter der örtlichen Medien. Herzlich Willkommen heißt er zudem auch Frau Münich, die zum ersten Mal heute als Beigeordnete an der Sitzung des HFA teilnimmt.

Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist form- und fristgerecht am 17.01.2014 versandt worden.

Am 21.01.2014 wurden den Mitgliedern des HFA die Unterlagen vollständig übersandt.

Zum TOP I/2.4 / Berichte aus den Dezernaten (mündlich) liegt kein Berichtswunsch für den öffentlichen Teil vor.

Zum TOP I/2.5 / Sachstand Stadtentwicklungsprojekte gibt es keine neuen Sachstände.

Anmerkungen oder Einwendungen zur erweiterten Tagesordnung gibt es nicht.

Stadt Oberhausen	**27.01.2014 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

2 Berichte der Verwaltung

2.1 4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und
außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2013 sowie einer Verpflichtungsermächtigung.
Vorlage: M/15/3255-01

2.2 Personal- und Organisationsbericht 4. Quartal 2013
Vorlage: M/15/3246-01

2.3 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen in der Produktgruppe 0501 - Leistungen bei der Grundsicherung- in Höhe von 30.000,- € für Bildung und Teilhabe - hier Lernförderung.
Vorlage: B/15/3208-01

2.4 Berichte aus den Dezernaten (mündlich)

2.5 Sachstand Stadtentwicklungsprojekte

3 Vorberatungen

3.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Theater Oberhausen für die Spielzeit 2014/2015
Vorlage: B/15/3223-01

3.2 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung
Vorlage: B/15/3257-01

3.3 Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Fördermaßnahme "Soziale Stadt Oberhausen-Lirich" (hier: Teilmaßnahme Neugestaltung Uhlenbruckplatz)
Produktgruppe PN0902 - Räumliche Entwicklung - Finanzposition 785200
Vorlage: B/15/3245-01

3.4 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Einheitspreise"
hier: Schule
Vorlage: B/15/3259-01

3.5 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Gebäudeunterhaltung"
hier: Schule
Vorlage: B/15/3267-01

Stadt Oberhausen	**27.01.2014 15:00 Uhr**	**Haupt- und Finanzausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
36. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

Für die Berichterstattung im Rat wird Stadtv. Große Brömer bestimmt.

2. Berichte der Verwaltung

2.1. 4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2013 sowie einer Verpflichtungsermächtigung. Vorlage: M/15/3255-01

Für **Stadtv. Schranz** bleibt das NKF, wie es in Oberhausen gelebt wird, ein Ärgernis. Das zeigen die nachfolgenden Vorlagen zu den üpl./apl. Ausgaben, denn man weiß am Jahresanfang schon, dass der Ansatz nicht ausreichen wird. Zudem fallen in der Liste Positionen auf, die knapp unter der 100.000 €-Grenze liegen und damit keinen Ratsbeschluss benötigen, sondern durch den Kämmerer bewilligt werden können. Ferner wurden nur die gebührengebunden Positionen veranschlagt, nicht aber die nicht gebührengebundenen. Letztere sind offensichtlich vergessen worden. Diese mangelnde Haushaltswahrheit und -/klarheit kostet auch noch mehr Geld. Aufgrund der hohen Komplexität mussten laut Vorlage noch 93.000 € zusätzlich aus dem LVZ 4/NKF zur Verfügung gestellt werden. Das hält er nicht für den richtigen Weg.
Erster Beig. und StK. Tsalastras kündigt an, dass es nach dem Vorliegen des Jahresabschlusses analog der Vorgehensweise im letzten Jahr eine dezidierte Auflistung über den Aufwand im Jahr 2013 geben wird. Daraus werden alle Aufwendungen hervorgehen, die im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit der OGM entstanden sind. Daran wird nachvollzogen werden können, dass es nicht zu Mehrausgaben gekommen ist. Nach heutigem Stand ist sogar eher davon auszugehen, dass es weniger Aufwendungen geben wird, als im Haushaltsplan 2013 vorgesehen wurden. Das geht aus den einzelnen Vorlagen nicht hervor. Besser ist ein Vergleich anhand der Gesamtaufwendungen.
Stadtv. Schranz findet es beklagenswert, dass zur Darstellung von Einhaltung oder Überschreitung der OGM-Kosten zusätzliche Listen benötigt werden. Sein Hinweis auf die zusätzlichen Aufwendungen von 93.000 € beziehen sich auf die lfd. Nr. 21 der Drucksache. Wenn man sieht, dass ein solcher Betrag erforderlich war, um u. a den Personalbestand anzupassen, sollte auch eine erhöhte Transparenz die Folge sein.
Erster Beig. und StK. Tsalastras weist darauf hin, dass die Einführung des komplexen Regelwerkes „NKF“ anders als in anderen Städten nicht dazu geführt hat, zusätzliches Personal dafür vorzuhalten. Insofern wurde in Oberhausen eine kostengünstige Variante praktiziert. Er geht davon aus, dass nunmehr auch durch die neuen Leistungsverträge die Voraussetzungen geschaffen worden sind, zukünftig mehr Transparenz zu erzeugen. Dadurch wird ab dem Jahr 2014 noch nicht alles optimal, aber auf jeden Fall besser.

Frau Stöhr erläutert, dass die Systematik der zeitlichen Vorgaben für die Aufstellung des Haushalts (für das Haushaltsjahr 2013 mussten z. B. nach den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf bereits bis zum 01.12.2012 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 dort vorliegen) der Grund sind, warum es ausgerechnet zu Beginn eines Jahres zu üpl./apl. Aufwendungen kommt. Die Vorarbeiten für die Haushaltsplanung 2013 erfolgten bereits im Mai 2012. Diese beschriebene zeitliche Abfolge gilt im Übrigen auch für die Folgejahre.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2. Personal- und Organisationsbericht 4. Quartal 2013 Vorlage: M/15/3246-01

Dez. Schmidt macht auf einen Zahlendreher in der Darstellung zu den Stelleneinsparungen auf der Seite 6 aufmerksam. Die Zahl - 21,3 wurde vertauscht mit der Zahl - 27,3. Insgesamt wurden in diesen Quartalsbericht z. B. mit einer zusätzlichen Kurvenabbildung über die Personaleinsparung (Seite 7) einige Veränderungen gegenüber den vergangenen Jahren aufgenommen. Die HSP-Stellen-Einsparvorgabe auf Seite 6 weist mit Blick auf die tatsächlich eingesparten Stellen bis Ende 2013 ein Minus von 1,7 Stellen aus. Das liegt zum Teil an noch nicht abgeschlossenen Beteiligungsverfahren. Als Ausblick für das Jahr 2014 kann nach jetzigem Stand gesagt werden, dass die Quote von -54,5 Stellen bereits jetzt schon mit -56,3 Stellen als erreicht angesehen werden kann. Damit befinden wir uns auf einem guten Weg.
Stadtv. Schranz stellt fest, dass sich im IV. Quartal 2013 auf der Seite 7 die Kurven schneiden, d. h. die tatsächlich eingesparten Stellen sind geringer als die beschlossene Einsparvorgabe. Der dritten Kurve wiederum ist ein besseres Ergebnis zu entnehmen. Bei einem Blick auf die reinen Zahlen geht hervor, dass zum 31.12.2013 mehr Menschen (7) Bezüge erhalten haben als am 31.12.2012. In der gesamten Wahlperiode ist zu beobachten, dass 1083 Mitarbeiter/innen am 31.12.2009 Bezüge von der Stadt Oberhausen erhielten. Vier Jahre später erhöhte sich die Zahl um 15 Beschäftigte. Dazwischen gab es u. a. Beschlüsse über zwei Haushaltssanierungsmaßnahmen, die enorme finanzielle Einschränkungen vorsahen. Die Konsolidierung hat mithin, was die Zahl der Köpfe anbelangt, bisher nicht erfolgreich stattgefunden. Das gleiche Ergebnis zeigt sich bei den Personalkosten. Die sind von 2009 - 2013 um fast 10 % gestiegen.
Dez. Schmidt zeigt auf, dass sich auf der Grundlage unterschiedlicher Ratsbeschlüsse die Situation ergab, weitere Stellen zu schaffen und Mitarbeiter einzustellen. Das betraf beispielsweise die Bereiche Feuerwehr, Kindertageseinrichtungen und die Stellen zur Maßnahme: Übergang Schule/Beruf. Der Personalkostenetat, den sein Vorredner angesprochen hat, weist nicht aus, wie viele Stellen refinanziert werden. Das sind von 44 Stellen 24. Die Refinanzierung wird im Haushalt dargestellt (Rettungs- und Krankentransportgebühren u. ä.) und findet sich nicht in der Personalkostendarstellung wieder. Mit dem Bereich Finanzen wurde für das Haushaltsjahr 2014 daher vereinbart, dass zukünftig anhand der Kostenart erkennbar sein wird, ob Personalkosten hinter den Beträgen stehen. Daraufhin können Prozesse besser nachvollzogen werden.
Stadtv. Große Brömer erinnert an die mehrheitliche Einigung, mit Ausnahme der Spezialberufe nur jede zweite freiwerdende Stellen wieder zu besetzen. Er glaubt nicht, dass es darüber hinaus möglich ist, einen höheren Stellenabbau zu erzielen und gleichzeitig die Neubedarfe, die Dez. Schmidt dargestellt hat, aufzufangen. Andernfalls muss man bestimmte Anforderungen,

die die Stadt zu erbringen hat, zurückstellen oder betriebsbedingt kündigen. Alleine durch Versetzung kann nicht immer ein Mitarbeiter ersetzt werden. Das gilt insbesondere für die Spezialberufe, zu denen die Erzieherinnen, Techniker/innen, Ärzt(e)/innen Feuerwehrmitarbeiter/inne etc. gehören. Die Schwierigkeit besteht darin, dass Stellen abgebaut werden sollen, sich gleichzeitig aber neue Bedarfe ergeben, die personell abgedeckt werden müssen.

Stadtv. Runkler merkt an, dass die Übersicht der externen Einstellungen auf der Seite 3 ein guter Indikator dafür ist, wie die Stadt Fluktuation ausnutzt. Es ist detailliert aufgeführt, um welche Berufe es sich handelt. Darüber hinaus schließt er sich den Ausführungen seines Vorredners zu diesem Thema an. Der/die Tierarzt/Tierärztin, Psychologen, Dipl. Ingenieure etc. können nicht durch interne Umbesetzungen wiederbesetzt werden. Von großer Bedeutung ist für ihn, dass die Übernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung wieder möglich ist.

Frau Wittmann schlägt vor, die Refinanzierung zukünftig in die Darstellung mit einzuarbeiten. Auf diese Weise könnte nach ihrer Auffassung eine Wiederholung der Diskussion zu diesem Thema vermieden werden.

Stadtv, Schranz stellt fest, dass sich Wiederholungen nicht vermeiden lassen, solange sich die Daten und Fakten nicht ändern, dass am Ende eines Jahres jedes Mal mehr Menschen beschäftigt sind als im Jahr zuvor. Betriebsbedingte Kündigungen möchte auch die CDU-Fraktion selbstverständlich nicht. Dazwischen steht die Antwort auf die Frage: Wie hoch kann die Fluktuationsquote ausgereizt werden? Die CDU sagt, 75 % sind möglich. Selbstverständlich hat die CDU den Einstellungen nicht widersprochen, bei denen eine Refinanzierung erfolgt. Für Stadtv. Schranz stellt sich die Frage, welche Leistungen wo und wie erbracht werden sollen. Als Beispiel nennt er die Bezirksverwaltungsstellen. Bürgerservice kann hier an drei oder einem Standort stattfinden. Es könnten Anreize geschaffen werden, vorzeitig aus dem Dienst auszuscheiden, so wie es bereits in den Gesellschaften erfolgreich praktiziert wird.

OB Wehling stellt fest, dass man zu gegebener Zeit sehen wird, welche Größenordnung an Stelleneinsparung tatsächlich realisierbar ist.

Stadtv. Runkler vertritt die Auffassung, dass ein Anreizprogramm in den Tochtergesellschaften funktionieren kann, wenn ein einheitliches Geschäftsfeld vorhanden ist (Ersatzmöglichkeit der ausgeschiedenen Mitarbeiter/innen durch solche mit einer gleichen oder ähnlichen Vorbildung) und die Weitergabe von Kenntnissen erfolgt. Nicht gewinnen würde die Stadt z. B. bei einem Ausscheiden von Ärzten, Feuerwehrleuten etc.

Stadtv. Große Brömer schlägt vor, dass Stadtv. Schranz im nichtöffentlichen Teil konkret zum Thema „Dienstaustritte“ bei der Vorlage „Entscheidungen in Personalangelegenheiten“ benennt, welche Stellen nicht mehr besetzt werden sollen. Vielleicht ist dann erkennbar, wie realistisch die Forderung der CDU-Fraktion ist, eine Stelleneinsparung von 75 % zu fordern.

Dez. Schmidt macht darauf aufmerksam, dass in Kooperation des Bereiches Personal und Organisation mit den einzelnen Bereichen die Organisationsarbeit zum Abbau von freigewordenen Stellen mit einem sehr großen Aufwand verbunden ist. Es ist in jedem Einzelfall zu klären, ob eine Stelle letztendlich zur Wiederbesetzung freigegeben werden kann. Dieser Frage nimmt sich zudem der Verwaltungsvorstand an, um Einigkeit darüber zu erzielen, ob auch der Oberbürgermeister diesen Vorschlag unterstützt. Anreizsysteme wie die Altersteilzeit wurden in den letzten Jahren von zahlreichen Mitarbeiter/innen genutzt. Es gibt Rationalisierungstarifverträge, die die Möglichkeit bieten, Abfindungen zu zahlen. Allerdings konnte diese Möglichkeit aufgrund der vorgegebenen Rahmenbedingungen erst in 3 Fällen umgesetzt werden.

Stadtv. Schranz zeigt auf, dass die Grundlage für die Berechnung der 300 Stellen eine Analyse bildete, die dem HSP 2012 beigefügt war. Nach Anwendung der Kriterien der CDU (75 % Fluktuationsausnutzung bei der allgem. Verwaltung und 10 % bei den Spezialberufen) kommt

man auf die Zahl von 300. Bei den Anreizsystemen kann er die Bedenken nicht nachvollziehen.

Wenn eine Gesellschaft, die das gleiche Tarifvertragswerk anwendet wie die Stadtverwaltung und zudem noch weniger Personal vorhält, einen Abbau möglich macht, ist nicht nachvollziehbar, warum das der Stadt nicht gelingen sollte.
Erster Beig und StK. Tsalastras stellt klar, das allein bei einer Reduzierung der Stellen um 50 % im allgemeinen Verwaltungsbereich und 10 % bei den Spezialberufen die Notwendigkeit besteht, vorab die Stellen zu identifizieren. Das heißt, es muss bei jeder Stelle geprüft werden, ob die Aufgabe anderwärtig erledigt, anders verteilt werden kann oder die Stelle wiederbesetzt werden muss. Das ist bisher nicht gelungen. Bei der Abarbeitung des HSP wird man auf die vorgesehene Einsparung von ehrgeizigen 200 Stellen kommen. Ein Ziel von 300 Stellen zu erreichen, ist für ihn illusorisch. Wenn sein Vorredner jedoch 300 Möglichkeiten explizit benennen kann, bei denen Aufgaben wegfallen können, wäre das eine gute Sache. Selbst die Bezirksregierung hat ein solches Einsparvolumen, das hinter 300 Stellen steckt, nicht akzeptiert, weil sie es nicht für umsetzbar hält.
Für **Stadtv. Schranz** ist es die Aufgabe des Verwaltungsvorstandes, die Stellen zu identifizieren und nicht die Aufgabe des Rates. Was den Peronalbestand bei der Stadtverwaltung angeht, hat bereits die GPA gesagt, dass keine andere kreisfreie Stadt soviel Beschäftige im Bereich der inneren Verwaltung vorhält, wie Oberhausen. Als Beispiel nennt er die Aufgabe: „Personalabrechnung“, die in Oberhausen doppelt so teuer ist wie in Düsseldorf.

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.3. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen in der Produktgruppe 0501 - Leistungen bei der Grundsicherung- in Höhe von 30.000,- € für Bildung und Teilhabe - hier Lernförderung.
Vorlage: B/15/3208-01

Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2.4. Berichte aus den Dezernaten (mündlich)

2.5. Sachstand Stadtentwicklungsprojekte

Es liegen keine neuen Sachstände vor.

3. Vorberatungen

3.1. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Theater Oberhausen für die Spielzeit 2014/2015
Vorlage: B/15/3223-01

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/3223-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

3.2. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung
Vorlage: B/15/3257-01

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/3257-01 mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zustimmend vorberaten.

3.3. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Fördermaßnahme "Soziale Stadt Oberhausen-Lirich" (hier: Teilmaßnahme Neugestaltung Uhlenbruckplatz)
Produktgruppe PN0902 - Räumliche Entwicklung - Finanzposition 785200
Vorlage: B/15/3245-01

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/3245-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

3.4. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Einheitspreise"
hier: Schule
Vorlage: B/15/3259-01

Stadtv. Schranz hinterfragt den Grund für Mehrkosten von 328.800 € innerhalb eines Haushaltsjahres im LVZ 9/Haustechnischer Dienst.
Erster Beig und StK. Tsalastras zeigt auf, dass diese Mehrkosten zum einen auf dem verstärkten Winterdienst basieren und zum anderen auf nicht geplante Abendveranstaltungen zurückzuführen sind, für die Überstunden angefallen sind.
Stadtv. Schranz würde verstehen, wenn es hier um einen Betrag von 30.000 € gehen würde. Für 300.000 € Mehrkosten fehlt ihm jegliches Verständnis.

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/3259-01 mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Stimme der Linke-Liste-Fraktion zustimmend vorberaten.

3.5. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Gebäudeunterhaltung"
hier: Schule
Vorlage: B/15/3267-01

Haupt- und Finanzausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache Nr. B/15/3267-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

Ende des öffentlichen Teils: 15:40 Uhr

Wehling
Oberbürgermeister

Bach
Schriftführerin